



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete im KV Bautzen.....	4
Die Lausitz braucht Perspektive!	4
Mindestloohnerhöhung nicht zulasten der Arbeitgeber und Verbraucher.....	5
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	6
Termine – Kreisverband Bautzen.....	7
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.2.2022	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 5./6.2.2022.....	10
Straftaten durch abgelehnte Asylbewerber: Warum schützen Sie nicht die Bürger, Herr Kretschmer?.....	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.2.2022	11
AfD-Anfrage: Über die Hälfte der Abschiebungen scheitern – Regierung muss handeln	11
Pflege-Impfpflicht: 1.300 Mediziner und AfD fordern Stopp	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2022	12
Impfpflicht: Aussetzen reicht nicht – Abschaffen jetzt!	12
Brandanschlag in Chemnitz: Kretschmer sollte sich bei Chemnitzern entschuldigen.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2022	13
Regierung hat sich mit Impfpflicht verrannt und muss sie zurücknehmen.....	13
Nichts gelernt aus der Hyperinflation? Die Regierung muss handeln!.....	13
Die Corona-Politik der Regierung ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2022	15
Manipulation bei Briefwahl verhindern, Urnenwahl stärken.....	15
Explodierende Energiekosten: CO2-Steuer abschaffen!.....	15



Asyl-Intensivtäter begingen 931 Straftaten: Wieso sind die noch hier, Herr Kretschmer?	16
WEITERE NACHRICHTEN AUS SACHSEN	16
Neues von der Alternative für Deutschland	17
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	17
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	17
Neun Jahre AfD: Die Erfolgsgeschichte wird weitergehen!	17
AfD-Bundesvorstand setzt Partei Freie Sachsen auf Unvereinbarkeitsliste	18
Unvereinbarkeitsliste auf den Prüfstand!	18
Antifa-Ministerin ohne Reue: Treten Sie zurück, Frau Faeser!.....	19
Krankenhausgesellschaft: Es droht keine Überlastung durch Omikron! Corona-Maßnahmen BEENDEN!.....	19
Mediale Hexenjagd auf Jens Maier beenden!.....	20
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien	21
Baerbock ordnet Schnelleinbürgerung an! US-Greenpeace-Chefin wird deutsche Staatssekretärin!	21
Genesenen-Affäre – Lauterbach sollte zurücktreten!.....	22
Maßnahmen noch heute vollständig beenden!	22
Video-Empfehlungen	24
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.....	24
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.....	24
Kanal von AfD Kompakt TV.....	24
Wochenendpodcast der AfD.....	24
AfD im EU-Parlament	24
Meldungen aus Deutschland und der Welt	24
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	24
Trucker-Protest: Ottawa ruft Notstand aus – Warnung vor "materieller Unterstützung" der Fahrer	24
Kanadischer Richter verbietet Truckern zehn Tage lang das Hupen	24
Baerbock holt Greenpeace-Chefin Morgan ins Auswärtige Amt	24
Berufung von Greenpeace-Chefin ins Auswärtige Amt sorgt für Diskussionen	24
Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrationsplänen	25
Sicherheitsbehörden warnen vor neuen Migrantenströmen wegen Faesers Plänen.....	25
Informationen zum Coronavirus	25



Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	25
Ungeimpfte Genesene haben auch nach 20 Monaten noch Antikörper	25
Drosten reagiert empört auf Vertuschungsvorwurf.....	25
Estland und Litauen wollen Impfzertifikat abschaffen	25
Bayern will Impfpflicht für Pflegekräfte vorerst aussetzen	25
Bulgarien will Impfpass im März abschaffen – Bürgerproteste spalten Regierungskoalition ...	25
Britische Daten zeigen: COVID-19 ist nicht gefährlicher als eine Grippe	25
Drosten rudert zurück: Gefährliche Experimente in Wuhan	25
Sechsjähriger Bub starb eine Woche nach Erst-Impfung.....	25
Schweden hebt nahezu alle Corona-Beschränkungen auf	25
Bundesverfassungsgericht lehnt Eilanträge gegen Teil-Impfpflicht ab	25
60 Mitarbeiter schlagen 5000 Euro Impfprämie aus.....	26
Tschechien hat mit Lockerung der Corona-Maßnahmen begonnen	26
Corona-Infos für Sachsen	26
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	26
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	26
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	26
Nach Bayern: Auch Sachsen will Teil-Impfpflicht nicht umsetzen	26
Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“	26
Bautzen: Schleusung gestoppt.....	26
Feststellungen bei Buskontrollen.....	26
Untersuchungshaft: Afghanischer Flüchtling soll Elfjährige vergewaltigt haben	26
Fakten in Bildern	27
Achtung Satire!	28
Kommunalmandate im KV Bautzen	29
PRESSE-ARCHIV.....	29
SPENDENKONTO.....	29
KONTAKT:.....	29



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Pressemitteilungen AfD-Landtagsabgeordnete im KV Bautzen

Die Lausitz braucht Perspektive!

Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und der FDP in Berlin strebt einen Kohleausstieg bis 2030 an. Wie das umgesetzt werden soll, ist bislang nicht bekannt. Auch die Staatsregierung in Dresden scheint keine Vorstellung zu haben, welche Maßnahmen notwendig sind, um nachhaltige Arbeitsplätze in der Region zu fördern.

Das ergab die Kleine Anfrage (Drs. 7/ 8736) von Frank Peschel.

Dazu kommentiert der AfD-Landtagsabgeordnete:

„Die Antwort der Staatsregierung ist genauso nichtssagend, wie die scheinbare Perspektivlosigkeit der Bundesregierung beim Kohleausstieg in der Lausitz. Wenn es nach Berlin geht, soll bis 2030 der Kohleausstieg vollzogen sein. Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Doch was kommt dann?

Während die Regierung in NRW eine Studie in Auftrag gab, welche neue Perspektiven und Chancen aufzeigt, verweist die Staatsregierung in meiner Anfrage auf ein Handlungsprogramm. Aber selbst diese Handlungsempfehlungen werden nicht umgesetzt.

Obwohl es u.a. darin heißt, dass eine „S-Bahn-Anbindung an den Ballungsraum Dresden“ erfolgen soll oder „beispielsweise können entsprechende Flächen für Logistikstandorte und Umschlagplätze in Grenznähe gefördert werden.“

Wenn die Staatsregierung schon keine Visionen für die Lausitz hat, dann muss sie sich Expertise einkaufen. Ich fordere die Staatsregierung auf, vergleichbar wie in NRW ebenfalls eine Studie in Auftrag zu geben, die Klarheit schafft, wie viele Arbeitsplätze in welchen Branchen entstehen können. Die Lausitz braucht Perspektive.

Es müssen schnellsten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit es zur Schaffung von neuen gutbezahlten Arbeitsplätzen kommt. Entscheidend dabei ist, dass die geförderten Projekte eine hohe Wirtschaftlichkeit entfalten und auch ohne staatliche Subventionen später weitergeführt werden.“

Quelle: [Studie IW Consult: Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Strukturförderung im Rheinischen Revier](#)

Kleine Anfrage:

https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=8736&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Frank Peschel, MdL
9.2.2022



Mindestloohnerhöhung nicht zulasten der Arbeitgeber und Verbraucher

Zum 1. Oktober 2022 soll der Mindestlohn in Deutschland auf 12 Euro steigen. Das geht aus einem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums hervor. Von der Erhöhung des Mindestlohns werden rund 8,6 Millionen Menschen profitieren.

Dazu kommentiert der AfD-Landtagsabgeordnete Frank Peschel:

„Ich freue mich für jeden Arbeitnehmer, der von der Erhöhung des Mindestlohns profitiert. Jedoch darf man nicht übersehen, dass für viele Arbeitgeber die Mindestloohnerhöhung ein Problem werden könnte.

Einerseits, weil der Staat damit in die unternehmerische Freiheit vieler kleiner Handwerksbetriebe und Unternehmen in der Oberlausitz eingreift.

Andererseits wird der Mindestlohn dazu führen, dass Facharbeiter ebenfalls eine höhere Entlohnung, entsprechend der Qualifizierung, fordern.

Höhere Lohnkosten können große Unternehmen leichter kompensieren, z.B. durch Preiserhöhungen, Personalkürzungen oder Umsatzerhöhung.

Unsere hiesigen Unternehmer werden die Kosten weitergeben, das heißt die Preise werden u.a. im Dienstleistungs- und Gastronomiebereich oder beim Friseur steigen. Die Mehrkosten muss der Verbraucher tragen.

Gleichzeitig steigen für alle Unternehmen und Verbraucher die Energiepreise, welche die Unternehmen zusätzlich vor große Herausforderungen stellen. Ob das jetzt nach den massiven wirtschaftlichen Eingriffen durch die Corona-Vorschriften notwendig ist, stelle ich in Frage.

Mehr Lohngerechtigkeit und höhere Einkommen im Niedriglohnsektor entstehen, wenn der Staat die Steuerlast für Arbeitgeber- und Arbeitnehmer senken würde. Doch offensichtlich hat die Bundesregierung daran kein Interesse, denn der Staat ist der große Profiteur des neuen Mindestlohnes – auf Kosten der Arbeitgeber und Verbraucher.“

Frank Peschel, MdL
11.2.2022



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

<http://www.afdbautzen.de/>
<https://www.facebook.com/AfD.KV.Bautzen/>
<https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
<https://t.me/karstenhilsepolitiker>
<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>
https://www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

<https://frankpeschel.de/>
<https://t.me/frankpeschel>
<https://www.facebook.com/frankpeschel.de>

Timo Schreyer, MdL

<https://www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD>

Doreen Schwietzer, MdL

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdL>

Regionalgruppe Bautzen

<https://www.facebook.com/AfDstadtbautzen/>

AfD Oberlausitz/Oberland

<https://www.facebook.com/AfDOberlausitz>
https://www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
<https://t.me/oliverhelbing>
<https://www.afd-cunewalde.de/>

Regionalgruppe Bischofswerda

<https://www.facebook.com/afd.bischofswerda>

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/AfD-Hoyerswerda-910992965679861>

Regionalgruppe Kamenz

<https://www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004>
<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>

Regionalgruppe Königsbrück

<https://www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck>

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

<https://www.facebook.com/groups/465255757689215/>



Termine – Kreisverband Bautzen

Di	22.02.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	23.02.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	24.02.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	29.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	31.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 6.2.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

deutsche Ingenieurskunst, die einzigartige duale Ausbildung, ein starker Mittelstand, eine harte Währung und zur Absicherung für Notlagen ein leistungsfähiger Sozialstaat – das waren jahrzehntelang die Garanten für den Erfolg unserer deutschen Wirtschaft.

Dieses Modell einer „sozialen Marktwirtschaft“ hat das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit ermöglicht, und es hat weltweit höchste Anerkennung erhalten. Untrennbar damit verbunden ist der Name Ludwig Erhard, der am diesem Freitag 125 Jahre alt geworden wäre.



Ludwig Erhard war ein Mann der klaren Worte. Über die Inflation sagte er z.B., sie werde „immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen“. Ebenso einprägsam war seine Mahnung vor einem staatlichen „Zwangsschutz“ und dem „Funktionärsunwesen“.

Erhard war stets besorgt, dass ein Übermaß an staatlicher Bürokratie die Bürger entmündigt und ihre Leistungsbereitschaft ausbremst.

Leider ist inzwischen genau das eingetreten, wovor die Väter der sozialen Marktwirtschaft warnten. Abgesehen von der AfD haben sich alle Parteien einer von oben diktierten Klima-Planwirtschaft verschrieben. Sie setzen allesamt auf immer mehr Staat und sie quetschen die Fleißigen wie Zitronen aus.

Schon zu Erhards Zeiten nahm sich der Staat ca. ein Drittel des Verdienstes der Bürger als Steuern. Damit wurden Straßen und Schulen gebaut, Polizisten und Lehrer bezahlt, und solidarisch die tatsächlich Hilfsbedürftigen unterstützt. Heute hingegen fließt über die Hälfte des Verdienstes nach Brüssel, nach Berlin und in die Landeshauptstädte.

Die unproduktiven staatlichen Verwaltungen, die aus diesen Steuergeldern finanziert werden, blähen sich immer weiter auf. Der „Kampf gegen rechts“ – also gegen Andersdenkende – wird fürstlich subventioniert. Tausende Vereine und Institute bilden inzwischen den Filz einer Pseudo-Zivilgesellschaft, die Milliarden an Steuergeldern verschlingt.



Für Genderprofessuren, Professuren fürs Spaziergehen oder Professuren für Ausdruckstanz ist anscheinend genügend Geld da. Doch wo fehlt es? Beim Straßenbau, bei der Polizei, bei der Rente und für Familien! Und ausgerechnet bei der Bildung!

Wir haben heute einen riesigen Staatsapparat, der trotz seiner ständig wachsenden Größe noch nicht einmal die grundlegenden Staatsaufgaben ordentlich erfüllt.

Mir ist allerdings noch ein weiterer Punkt sehr wichtig:

Die Marktwirtschaft beruht auch auf Erfindungsvielfalt. Wissenschaftler an den Universitäten, Entwicklungingenieure und Techniker in vielen verschiedenen Unternehmen müssen ergebnisoffen arbeiten. Die besten Lösungsansätze setzen sich am Ende durch, am Markt, bei den Kunden. So funktioniert Fortschritt und nur so entsteht auf breiter Basis Wohlstand.

Fatal ist es deshalb, wenn die Politik sich anmaßt, die Zukunft der technischen Entwicklung vorhersagen zu können, und einseitig nur einzelne wenige Technologien zulässt. Ich habe z.B. überhaupt nichts gegen die Erforschung von Batterie-Speichern für Wind- und Solarstrom. Daran zu tüfteln, ist richtig. Solange nicht die Forschung an anderen Technologien unterdrückt wird.

Falsch an der deutschen Energiepolitik ist der ideologisch bornierte Glaube, dass Solar- und Windkraftanlagen definitiv die Lösung aller Energieprobleme der Zukunft sein werden. Dieser Irrglaube wiederum hat die Bundespolitik dazu gebracht, über eine Billion Euro an Steuergeldern womöglich auf das falsche technologische Pferd zu setzen.

Was ich damit sagen möchte: Wer planwirtschaftlich agiert, läuft nur allzu oft hochmütig in Sackgassen, weil er fixiert auf realitätsferne Utopien ist. Die marktwirtschaftliche Erfindungsvielfalt hat sich, historisch gesehen, gegenüber dem planwirtschaftlichen Ansatz als weit überlegen erwiesen. Erst der Wettbewerb der Ideen setzt das Maximum an Kreativität frei. Und erst in einem freien Markt können sich die besten Lösungen herauskristallisieren.

Im Bereich der Energieerzeugung müssen wir deshalb auch die Kernkraft weiter erforschen, sie umweltschonender machen und Sicherheitsrisiken minimieren.

Ebenso verhält es sich bei der Mobilität: Die heutigen Dieselmotoren sind absolute Spitzentechnologie. Sie sind nicht nur hocheffizient. Sie können auch mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. Die Weiterentwicklung dieser Motoren zu unterdrücken, verhindert womöglich die besten und umweltfreundlichsten Mobilitäts-Lösungen für die Zukunft.

Wer „Wohlstand für alle“ anstrebt, sollte immer daran denken, dass nur eine technisch innovative Wettbewerbswirtschaft die Grundlagen für soziale Großzügigkeit schafft. Die Väter der sozialen Marktwirtschaft dachten nicht zuerst ans Verteilen des Kuchens. Sie wussten, dass den Kuchen zuerst irgendjemand backen muss. Und diejenigen, die ihn backen, darf man nicht behindern. Im Gegenteil, man muss sie backen lassen und man muss ihnen den Lohn ihrer Arbeit lassen.

Für die Politik bedeutet das: Runter mit den Steuern für die Mittelschicht! Und Schluss mit der staatlichen Lenkung unserer Unternehmen nach ideologischen Vorgaben!



Bis nächsten Sonntag,

Ihr **Jörg Urban**

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4831879533548193/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 5./6.2.2022

Straftaten durch abgelehnte Asylbewerber: Warum schützen Sie nicht die Bürger, Herr Kretschmer?

Mehrere Fälle von Ausländer-Kriminalität fragte der AfD-Abgeordnete, [Hans-Jürgen Zickler](#), beim CDU-Innenministerium ab. Dabei deckte er auf, dass die Asylanträge der Täter zum großen Teil längst abgelehnt wurden (7/8669, 8668, 8665).

Gleichzeitig wurde aktuell bekannt, dass zum zweiten Mal ein inhaftierter Algerier am Leipziger Gefängnistor türmen konnte. Dabei hatten die Polizeibeamten den Kriminellen jedes Mal Handschellen angelegt und die Schuhe ausgezogen.

„Die Kretschmer-Regierung unternimmt viel zu wenig, um die Sicherheit der sächsischen Bürger zu gewährleisten“, kritisiert Zickler. „Ständig wächst die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer. Mittlerweile sind es fast 15.000 Migranten, die längst abgeschoben sein müssten und die zum Teil weiter schwere Straftaten begehen. Zudem muss der Steuerzahler für ihre Wohnung und ihr Hartz-IV aufkommen.“

Es ist deshalb mehr als unglaubwürdig, dass sich Kretschmer aktuell als starker Mann für Abschiebungen geriert. Jahrelang hat er kaum etwas unternommen, um illegale Migranten wieder in ihre Heimat zu schaffen. Nachdem er die Grünen in seine Regierung geholt hat, werden die seltenen Abschiebungen nun wahrscheinlich fast komplett eingestellt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/straf-taten-durch-abgelehnte-asylbewerber-warum-schuetzen-sie-nicht-die-buerger-herr-kretschmer/>





PRESSEMITTEILUNGEN vom 7.2.2022

AfD-Anfrage: Über die Hälfte der Abschiebungen scheitern – Regierung muss handeln

In Sachsen scheiterten 243 Abschiebungen im 4. Quartal 2021 (AfD-Anfrage 7/8712). Nur 209 Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber konnten vollzogen werden, obwohl 14.712 Ausreisepflichtige im Freistaat leben. Bei etwa gleichbleibenden Abschiebungen sind die Kosten im letzten Jahr um über eine halbe Million Euro gestiegen.



[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Von den wenigen Abschiebe-Versuchen in Sachsen sind auch noch über die Hälfte erfolglos. In vielen Fällen tauchen die Ausreisepflichtigen unter oder widersetzen sich im Flugzeug. Diesem Angriff auf unseren Rechtsstaat muss die Landesregierung endlich Einhalt gebieten.“

Wenn aktuell die Regierung diskutiert, keine nächtlichen Abschiebungen mehr vorzunehmen, geht das allerdings in die falsche Richtung. Natürlich ist es schwierig, z.B. georgische Familien mit Schulkindern erst nach vielen Jahren Aufenthalt abzuschicken. Die Schuld dafür liegt aber bei der Regierung:

Die Ausreisepflicht muss endlich schneller durchgesetzt werden und illegale Einwanderer aus sicheren Staaten wie Georgien dürften überhaupt keinen Asylantrag mehr stellen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-ueber-die-haelfte-der-abschiebungen-scheitern-regierung-muss-handeln/>

Pflege-Impfpflicht: 1.300 Mediziner und AfD fordern Stopp

In einem offenen Brief haben 1.300 sächsische Krankenschwestern und Ärzte gegen die Pflege-Impfpflicht protestiert. Falls die Pflicht umgesetzt werde, würden sie kündigen. Die „aggressive Rhetorik“ gegenüber Ungeimpften müsse endlich aufhören.

Zudem fordert BILD ein Ende der Corona-Maßnahmen wie in vielen unserer europäischen Nachbarländer. Die Kliniken würden keineswegs vor einem Kollaps stehen. Im Januar hätten nur 42 Omikron-Erkrankte auf deutschen Intensivstationen gelegen.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Diese Entwicklungen zeigen deutlich: Die Landesregierung hat sich mit ihrer Corona-Politik verrannt. Dadurch leidet das Vertrauen in unsere Demokratie und die Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Herr Kretschmer sollte nun Fehler zugeben und seine autoritäre Politik ändern.“





Bereits am Mittwoch wird der AfD-Antrag, die Pflege-Impfpflicht sofort zu stoppen, im Landtag diskutiert (7/8963). Hier hat die Regierung die Möglichkeit zu verhindern, dass tausende Patienten und pflegebedürftige Senioren in Sachsen nicht mehr versorgt werden können.

In ihrem offenen Brief bringen die Mediziner die Ursache für die Überlastung der Krankenhäuser auf den Punkt: Das Gesundheitssystem ist durch jahrelanges politisches Versagen marode und kaputtgespart. Mitten in der Corona-Phase wurden zudem weitere Intensivbetten abgebaut. Mit der Rücknahme der Impfpflicht hat es nun die Regierung in der Hand, einen Kollaps des Gesundheitssystems abzuwenden.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4838108056258674/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2022

Impfpflicht: Aussetzen reicht nicht – Abschaffen jetzt!

CDU-Chef Friedrich Merz hat die Bundesregierung aufgefordert, die [Pflege](#)-Impfpflicht auszusetzen.



[Jörg Urban](#), AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Der Druck durch AfD und Straßenprotest wirkt: Nachdem sich die CDU vehement für die Impfpflicht eingesetzt hat, versucht sie sich nun klammheimlich aus der Affäre zu ziehen. Ein Aussetzen des umstrittenen Gesetzes reicht uns aber nicht. Die AfD fordert seine Abschaffung, inklusive der Pläne für eine allgemeine Impfpflicht.“

Ich erwarte nun auch vom CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer endlich eine klare Aussage zur Impfpflicht, bevor noch mehr Pflegekräfte ihre Kündigung einreichen. Es ist skandalös, wie hier die Staatsregierung den Kollaps der Gesundheitsversorgung und Altenpflege in Sachsen riskiert.

Offenbar geht es ihr nur darum, möglichst viele Bürger gegen ihren Wunsch an die Impfnadel zu zwingen. Das ist unethisch und verantwortungslos. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Impfstoffe nur bedingt zugelassen sind und die Hersteller auch nach zwei Jahren Anwendung immer noch keinerlei Haftung für Impfschäden übernehmen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/impfpflicht-aussetzen-reicht-nicht-abschaffen-jetzt/>

Brandanschlag in Chemnitz: Kretschmer sollte sich bei Chemnitzern entschuldigen

Heute beginnt der Prozess gegen den mutmaßlichen Brandstifter Ali Tulasoglu. Das Gericht wirft dem Türken vor, sein Restaurant „Mangal“ 2018 in Chemnitz angezündet zu haben, um die Versicherungssumme zu kassieren. Dabei soll er auch den Tod von 15 Hausbewohnern in Kauf genommen haben.



Der Angeklagte machte damals „Rechtsradikale“ für die Tat verantwortlich und gab vor, Chemnitz aus Sicherheitsgründen verlassen zu wollen. Daraufhin besuchte CDU-Ministerpräsident Kretschmer das ausgebrannte Lokal und bestärkte das Narrativ vom ausländischen Opfer und rechten Tätern.

Der Chemnitzer AfD-Landtagsabgeordnete, Dr. [Volker Dringenberg](#), erklärt dazu:

„Ich erwarte vom CDU-Ministerpräsidenten eine Entschuldigung an alle Chemnitzer. Herr Kretschmer hat mit seinem Handeln den Eindruck verstärkt, Chemnitz sei eine rechtsradikale und ausländerfeindliche Stadt. Diese Vorverurteilung hat Chemnitz und ganz Sachsen großen Schaden zugefügt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/brandanschlag-in-chemnitz-kretschmer-sollte-sich-bei-chemnitzern-entschuldigen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2022

Regierung hat sich mit Impfpflicht verrannt und muss sie zurücknehmen

Zum Antrag der AfD, die Impfpflicht in medizinischen Einrichtungen abzuschaffen (7/8963), erklärt der Abgeordnete, Dr. [Rolf Weigand](#):

„Die Staatsregierung hat sich bei der Impfpflicht verrannt und sollte ihren Fehler endlich eingestehen und zurücknehmen. Die fragwürdige Strategie, alle Pflegekräfte zur Impfung zu nötigen, ist nicht aufgegangen. In Sachsen ist jede dritte Pflegekraft ungeimpft. Wenn die Regierung alle mit Berufsverbot belegt, bricht unser Gesundheitssystem zusammen.“

Die Impfpflicht muss aber auch gestoppt werden, weil ihre Ziele überhaupt nicht erreicht werden können. Die Impfung bietet keinen Fremdschutz, auch Geimpfte geben das Virus weiter. Durch die Omikron-Variante kommt es außerdem zu keiner Überlastung der Krankenhäuser. Viele unserer europäischen Nachbarn lassen deshalb sogar sämtliche Beschränkungen fallen.

Natürlich hat die Staatsregierung die Bürger und die AfD belogen, als sie behauptete, die Einführung einer Impfpflicht wäre reine Verschwörungstheorie. Noch im Mai letzten Jahres wurde unser Antrag auf Nicht-Einführung mit genau dieser Begründung abgelehnt. Nachbarländer wie England und Tschechien haben Fehler zugegeben und die Impfpflicht in der [Pflege](#) zurückgenommen. Die Staatsregierung scheint dafür aber zu feige zu sein.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-hat-sich-mit-impfpflicht-verrannt-und-muss-sie-zuruecknehmen/>

Nichts gelernt aus der Hyperinflation? Die Regierung muss handeln!

Auf Antrag der AfD fand im Landtag eine Debatte statt – Thema: Droht eine neue Hyperinflation? Dazu erklärt der finanzpolitische Sprecher, [André Barth](#):



„Die Inflationsrate liegt in Deutschland bei über fünf Prozent – so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr. Steigende Benzin-, Strom- und Lebensmittelpreise bringen immer mehr Bürger in finanzielle Not. In Sachsen melden die Tafeln einen Ansturm von Bedürftigen. Die Regierung muss jetzt endlich handeln und die Steuern senken, so wie es z.B. Polen vorgemacht hat.

Der Hauptgrund für die gefährliche Geldentwertung ist die verantwortungslose Politik der EZB. Seit Jahren druckt sie Euroscheine ohne Gegenwert, um die Schulden südeuropäischer Pleiteländer zu finanzieren. Der Euro ist eine Fehlkonstruktion. Es fehlt die Möglichkeit einer nationalen Zinsbremse, um die schleichende Verarmung unserer Bürger

zu stoppen.

Diese Entwicklung erinnert fatal an die Hyperinflation in Deutschland vor fast genau einhundert Jahren. Damals hungerten fast alle Bürger und versuchten mit Leiterwagen voller Geld ein Brot ein ergattern: Im November 1923 kostete es sage und schreibe 5,6 Milliarden Reichsmark! Nun muss alles unternommen werden, um eine Wiederholung dieser existenziellen Notlage zu verhindern.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nichts-gelernt-aus-der-hyperinflation-die-regierung-muss-handeln/>

Die Corona-Politik der Regierung ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft!

Zum Corona-Bericht der Staatsregierung erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Die Regierung muss den Bürgern endlich ihre Freiheit zurückgeben! Viele unserer europäischen Nachbarn handeln bereits. Beenden Sie ein für alle Mal ihre spalterische und inhumane Corona-Politik, die eine Gefahr für unsere [Gesellschaft](#) geworden ist! Hören Sie auf, Kritiker ihrer Politik als Staatsfeinde zu diffamieren.

Die Schäden in der [Wirtschaft](#), an der Gesundheit unserer Bürger und der Bildung unserer Kinder werden immer größer. Zu allem Überdross will die Regierung nun auch noch Krankenschwestern und Altenpfleger an die Corona-Spritze zwingen. Damit droht Sachsen zum ersten Mal tatsächlich ein Kollaps des Gesundheitssystems.

Der bedingt zugelassene Impfstoff ist wenig wirksam, veraltet und die Hersteller übernehmen immer noch keine Haftung für Schäden. Ihre Impfpflicht ist Wahnsinn und ein Schlag ins Gesicht für unsere aufopferungsvollen Pflegekräfte. Wenn medizinisches Fachpersonal die Impfung ablehnt, sollte die Regierung das akzeptieren.

Mein Dank geht an die zehntausenden sächsischen Spaziergänger, die ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung wahrnehmen. Gemeinsam mit ihnen haben wir erreicht, dass die Regierung nun langsam einlenken muss.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/die-corona-politik-der-regierung-ist-eine-gefahr-fuer-unsere-gesellschaft/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2022

Manipulation bei Briefwahl verhindern, Urnenwahl stärken

Zum AfD-Antrag „Freie, gleiche und geheime Wahlen stärken“ (7/7877) erklärt der kommunalpolitischer Sprecher, [Ivo Teichmann](#):



„Freie und geheime Wahlen sind der Grundpfeiler unserer Demokratie. Beunruhigend ist daher der Trend zu immer mehr Briefwahl, weil diese anfälliger für Manipulationen ist. Wir wollen deshalb die Möglichkeiten zur Manipulation stark einschränken. Dazu zählen z.B. einheitliche Sicherheitsstandards bei der Aufbewahrung der eingegangenen Briefwahlunterlagen. In einigen Kommunen haben bisher zu viele Angestellte Zugang zu den Unterlagen.

Weiterhin fordern wir die Einrichtung von Sonderwahlbezirken in sächsischen Alten- und Pflegeheimen. Wir wollen allen Senioren die Möglichkeit geben, an der Urnenwahl teilzunehmen.

Zudem wollen wir die Chancengleichheit im Kommunalwahlkampf stärken. Hauptamtlichen Bürgermeister soll es untersagt werden, gleichzeitig dem Kreistag anzugehören. Hier bestehen sonst wechselseitige Interessenkonflikte, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle und Dienstaufsicht. In anderen Bundesländern gibt es diese Regel bereits.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/manipulation-bei-briefwahl-verhindern-urnenwahl-staerken/>

Explodierende Energiekosten: CO2-Steuer abschaffen!

Zur Landtagsdebatte um explodierende Energiepreise und Steuersenkungen erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Es reicht uns bei weitem nicht, nur die Mehrwertsteuer auf Energiepreise zu senken, wie die Linken das beantragen. Dafür ist die Krise für Niedriglohn-Bezieher und Rentner viel zu dramatisch. Durch ihre fehlgeleitete Politik hat die Regierung die Preise von Benzin, Heizgas und Strom selbst massiv in die Höhe getrieben.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag (7/8512) folgende weitere Maßnahmen:

- Abschaffung der CO2-Steuer
- Kernkraftwerke weiterlaufen lassen und neue Kraftwerke ermöglichen
- Stromsteuer auf EU-Mindestmaß reduzieren oder ganz abschaffen
- Abschaffung des Erneuerbaren-[Energie](#)-Gesetz (EEG)





Die derzeitige Energie- und Klimapolitik in Deutschland gefährdet zunehmend den sozialen Zusammenhalt und die Wettbewerbsfähigkeit. Der nationale Sonderweg bei diesem Thema muss beendet werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/explozierende-energiekosten-co2-steuer-abschaffen/>

Asyl-Intensivtäter begingen 931 Straftaten: Wieso sind die noch hier, Herr Kretschmer?

In Sachsen leben 1.212 Asylbewerber, die als Mehrfach-Intensivstraftäter (MITA) aufgefallen sind. Innerhalb von nur drei Monaten hat diese Gruppe über 900 Straftaten begangen, u.a. elf Sexualdelikte, 213 schwere Körperverletzungen und 296 Diebstähle. Die AfD-Anfrage (7/8751) deckt außerdem auf, dass aktuell nur 256 MITAs in Haft sind und nur 58 von ihnen im ganzen letzten Jahr abgeschoben wurden.



„Es ist unerträglich, wie unsere Bürger unter der Kriminalität von ausländischen Intensivtätern leiden müssen“, kritisiert der innenpolitische Sprecher, [Sebastian Wippel](#). „Dabei dürften sich diese illegalen Einwanderer überhaupt nicht mehr in Sachsen aufhalten. Intensivtäter haben innerhalb eines Jahres mindesten fünf Straftaten oder zwei Verbrechen begangen und damit definitiv jedes moralisches Recht auf Schutz verwirkt.“

Die CDU-Landesregierung unternimmt viel zu wenig, um kriminelle Migranten in ihre Heimat abzuschieben. Wenn diese Ausreisepflichtigen allerdings weiter mit Wohnung und nahezu auf Hartz-IV Niveau rundum versorgt werden, braucht sich niemand wundern, dass die illegalen Einwanderer nicht freiwillig die Heimreise antreten. Entsprechende Anträge der AfD, diese unhaltbare Situation zu ändern, wurden von der CDU stets abgelehnt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/asyl-intensivtaeter-begingen-931-straftaten-wieso-sind-die-noch-hier-herr-kretschmer/>

WEITERE NACHRICHTEN AUS SACHSEN



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Neun Jahre AfD: Die Erfolgsgeschichte wird weitergehen!



Am heutigen Sonntag ist es neun Jahre her, dass ein 18-köpfiger Zirkel im hessischen Oberursel die Gründung der Alternative für Deutschland beschloss. Aus der AfD erwuchs eine einzigartige Erfolgsgeschichte – noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik konnte eine Partei in so kurzer Zeit so große Wahlerfolge feiern. Mit dem Einzug in den Bundestag 2017 ist das demokratisch-rechtskonservative Lager erstmals seit Jahrzehnten wieder im höchsten deutschen Parlament vertreten.

Trotz aller innerer und äußerer Probleme unserer Partei, über die wir im Unterschied zu den Altparteien nicht hinwegsehen wollen: Diese Erfolgsserie lässt sich nicht kleinreden – und sie wird weitergehen. Denn gerade in einer ernsthaften Krise, die in den nächsten Jahren unweigerlich noch viel schlimmer werden wird, schlägt die Stunde der Konservativen. Denn in der Krise zählt Realismus, keine Utopie. Setzen wir also alles daran, dass wir noch viel mehr Bürger über die politischen Fehlentwicklungen in unserem Lande aufklären – in Einigkeit für Recht und Freiheit!

Gesund ohne Zwang! Folgen Sie JETZT unserem Kanal auf Telegram! <https://t.me/gesundohnezwang>

Bitte unterstützen auch Sie unsere Arbeit mit einer Spende: <https://spenden.afd.de/>

Kennen Sie schon unseren Telegram-Kanal? Sofort abonnieren!

<https://www.t.me/afdbrennpunkt>

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5139573639406267/>



AfD-Bundesvorstand setzt Partei Freie Sachsen auf Unvereinbarkeitsliste

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/afd-bundesvorstand-setzt-partei-freie-sachsen-auf-unvereinbarkeitsliste-a3712155.html>

Unvereinbarkeitsliste auf den Prüfstand!

Der Bundesvorstand hat heute beschlossen, die Freien Sachsen auf die sogenannte »Unvereinbarkeitsliste« unserer Partei zu setzen.



Die Unvereinbarkeitsliste ist bereits in der Vergangenheit oft Gegenstand innerparteilicher Kritik gewesen. Dabei steht grundsätzlich außer Frage, dass ein Großteil der dort aufgeführten Organisationen tatsächlich nicht mit der politischen Positionierung der AfD vereinbar ist. Das ändert aber nichts daran, dass die Unvereinbarkeitsliste in ihrem Fokus zu sehr verengt ist.

So steht es nach wie vor hauptamtlichen, wie inoffiziellen Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes frei, Mitglied der AfD zu werden. Dabei geht gerade von diesem Personenkreis, angesichts der politischen Instrumentalisierung des

Inlandsgeheimdienstes, eine besondere, offenkundige Gefahr für unsere Partei aus.

Mitglied in unserer Partei kann übrigens auch werden, wer Mitarbeiter des MAD oder des BND war bzw. ist.

Ob das bei der Verquickung der deutschen Geheimdienste für eine wirkliche Oppositionspartei wie die AfD sinnvoll ist, erscheint mehr als fraglich.

Ebenfalls nicht auf der Unvereinbarkeitsliste steht beispielsweise die Partei Bündnis 90/Die GRÜNEN, obgleich von dieser Organisation die Schranken der Verfassung geradezu zwanghaft durch Infiltration der hierfür erforderlichen politischen Ämter überwunden werden und zudem auch noch eine werte-, identitäts-, gar staatzersetzende Programmatik existiert und umgesetzt wird. Wer nun entgegnet, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei den Grünen und in der AfD aufgrund des Konkurrenzverhältnisses verboten ist, sei darauf verwiesen, dass dies auch für die Freien Sachsen gilt. Denn natürlich sind die Freien Sachsen auch eine mit der AfD konkurrierende Partei.

Eine Unvereinbarkeitsliste sollte nach unserer Überzeugung interne Prozesse der AfD erleichtern und vereinheitlichen. Sie sollte aber nicht - insoweit vergleichbar mit dem »Verfassungsschutz«-Bericht - der Gegnermarkierung und politischen Positionierung dienen. Wenn eine Partei hierfür eine Unvereinbarkeitsliste benötigt, macht sie etwas falsch.

Wir schlagen daher vor, dass auf dem nächsten Bundesparteitag eine innerparteiliche Arbeitsgruppe mit der Prüfung der Unvereinbarkeitsliste betraut wird und dabei auch Vorschläge zum sinnvollen Einsatz selbiger gemacht werden. Einen entsprechenden Antrag werden wir gerne gemeinsam mit anderen Parteifreunden rechtzeitig formulieren.

Stefan Möller Björn Höcke
Landessprecher Landessprecher

<https://www.facebook.com/AfD.Thueringen/photos/a.179598345526006/2143340695818418/>



Antifa-Ministerin ohne Reue: Treten Sie zurück, Frau Faeser!

Immer stärker gerät Innenministerin Faeser (SPD) wegen ihres Gastbeitrags in einer Antifa-Postille unter Druck. Es geht um die Verbandszeitschrift der linksradikalen Vereinigung VVN-BdA, die vom bayerischen Verfassungsschutz als „die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ bezeichnet wird. Doch obwohl die Zeitschrift der kommunistischen DKP nahesteht, zeigt Faeser keinerlei Reue.



Die Vorwürfe seien „durchschaubar“, teilte Faeser via Twitter mit. Sie habe immer „klare Kante“ gegen Rechtsextremismus gezeigt – doch in ihrer Stellungnahme verliert Faeser kein einziges Wort über weitere Extremisten. Deutlicher hätten die Innenministerin und die Ampelmänner nicht zeigen können,

dass sie auf dem linken Auge blind sind. Angesichts dieser unerträglichen Verharmlosung des Kommunismus kann es nur eine Konsequenz geben: Treten Sie endlich zurück, Frau Faeser!

<https://afdkompakt.de/2022/02/07/antifa-ministerin-ohne-reue-treten-sie-zurueck-frau-faeser/>

Krankenhausgesellschaft: Es droht keine Überlastung durch Omikron! Corona-Maßnahmen BEENDEN!

Gesund ohne Zwang! Folgen Sie JETZT unserem Kanal auf Telegram! <https://t.me/gesundohnezwang>

Die Horrorszenarien von Lauterbach und Co zerplatzen in der Realität wie Seifenblasen: Nun hat auch der Chef der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Entwarnung gegeben. Er rechnet aktuell für die kommenden Wochen „nicht mehr mit einer Überlastung des deutschen Gesundheitswesens“, teilte der Vorstandsvorsitzende Gerald Gaß mit. Umso mehr kann es keine Rechtfertigung mehr geben, die Corona-Maßnahmen beizubehalten! Denn die Omikron-Variante des Coronavirus ist wesentlich harmloser, als es permanent behauptet wurde.



Wir müssen immer wieder daran erinnern: Es wurde von den Altparteien versprochen, dass die Maßnahmen aufgehoben werden, sobald jeder Bürger ein „Impf-Angebot“ hatte. Schon vor Monaten wurde ein sogenannter Freiheitstag in Aussicht gestellt. Diesen Worten müssen nun endlich Taten folgen, da die Daten keinerlei Anlass zur Panik mehr bieten!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/5155066384523659/>



Mediale Hexenjagd auf Jens Maier beenden!

Mein geschätzter Kollege Jens Maier ist nach vier Jahren aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden, wo er eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Seine berufliche Zukunft – Herr Maier war als Richter in Sachsen beurlaubt – steht eigentlich fest. Denn die Rückkehr in den Staatsdienst ist für alle ehemaligen Mandatsträger gesetzlich gleich geregelt. Einige Medienvertreter allerdings stellen dies anscheinend in Frage, wenn sie in eine Hetzkampagne gegen Jens Maier einstimmen. Diese Spielchen sind einseitig ideologisch geprägt und müssen ein Ende haben! Verbrieftes Recht muss medialem Druck standhalten.

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.383194205143103/4552232354905913/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Baerbock ordnet Schnelleinbürgerung an! US-Greenpeace-Chefin wird deutsche



Staatssekretärin!

Was könnte den Blick der Grünen auf Deutschland besser illustrieren als das neueste Vorhaben der Außenministerin Annalena Baerbock: Die Amerikanerin Jennifer Morgan, Chefin von Greenpeace International, soll Staatssekretärin im Auswärtigen Amt werden.

unmittelbar im Anschluss auf Lebenszeit verbeamtet zu werden.

Dazu soll sie in einem beschleunigten Verfahren eingebürgert werden, um dann

Das zeigt mal wieder: Für die Grünen ist Deutschland kein Nationalstaat, sondern nur eine Außenstelle einer Art vorweggenommenen Weltregierung, die aus einer internationalen, selbsternannten "Elite" gebildet wird, die sich Klimaideologie, Deindustrialisierung und Transhumanismus auf die Fahnen geschrieben hat.

Zu den Fußtruppen dieser "Elite" wiederum gehören die sogenannten Aktivisten von "Extinction Rebellion", "Last Generation" oder eben Greenpeace, die regelmäßig Straßen und wichtige Infrastruktur blockieren und mit lebensgefährlichen und teilweise fast terroristischen Aktionen auf sich aufmerksam machen.



Für den Chefredakteur des Cicero, Alexander Marguier, ist das, was die Grünen machen, ein "kalter Staatsstreich, der sich vor den Augen der Öffentlichkeit im Gestus der Selbstverständlichkeit vollzieht". Viel besser kann man es nicht ausdrücken.

<https://www.facebook.com/Thomas.Seitz.AfD/photos/a.1060289547390462/5075548015864575/>

Genesenen-Affäre – Lauterbach sollte zurücktreten!

Bundesgesundheitsminister Karl **#Lauterbach** behauptet, er habe nicht gewusst, dass das RKI die Verkürzung des **#Genesenenstatus** am 15.01.2022 veröffentlichen würde (<https://www.bild.de/.../lauterbach-verwarnt-wieler-das...>).

Dabei hatte die parlamentarische Staatssekretärin des Gesundheitsministeriums Sabine Dittmar bereits am 13.01.2022 im Deutschen Bundestag im Rahmen der Debatte zu der Verordnung, die die Webseite des **#RKI** ermächtigte, den **#genesenenstatus** zu verkürzen, vorgetragen: „Der Genesenenstatus wird künftig nach 3 Monaten bzw. 90 Tagen entfallen.“

(<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20011.pdf#P.696>) Das Bundesgesundheitsministerium wusste also sehr wohl bereits zwei Tage vorher, dass die Verkürzung des Genesenenstatus erfolgen wird.



Dazu erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin **#Sichert**:

„Das Bundesgesundheitsministerium wusste nachweislich bereits am 13. Januar von der geplanten Verkürzung des Genesenenstatus. Dass der Bundesgesundheitsminister sich nun hinstellt und sagt, er wusste nicht, dass das RKI das verkündet, lässt nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder er lügt oder er hat keine Ahnung, was in seinem Ministerium vorgeht und was seine eigene Staatssekretärin veröffentlicht. In beiden Fällen ist er als Minister ungeeignet und sollte zurücktreten.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1058984251351752/>

Maßnahmen noch heute vollständig beenden!



„Gebt uns unser Leben zurück“: Dass ausgerechnet die Bild-Zeitung, die Lauterbachs Panikmache nur all zu gerne verbreitet, jetzt die Rückkehr in die Normalität fordert, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Dennoch ist die Forderung vollkommen richtig. Deutschland geht wieder einmal einen Sonderweg, hält seine Bürger an der kurzen Leine, während es gegenüber unseren europäischen Nachbarn stets mahnend den Zeigefinger hebt. Die haben jedoch längst gezeigt, dass die Beendigung aller Maßnahmen problemlos umsetzbar ist. Das verdeutlichen volle Fußballstadien, öffentliche Veranstaltungen oder einfach nur Einkäufe ohne Maske, während nicht im Ansatz davon die



Rede sein kann, dass in irgendeinem dieser Länder hierdurch die Lage verschlimmert worden wäre.

Währenddessen überlegen sich führende Politiker in Deutschland immer neue groteske Bestimmungen, die nicht nur zu einer Einschränkung der Freiheit der Bürger führen, sondern auch zu immer neuen wirtschaftlichen Problemen. Einkaufszentren sind praktisch ausgestorben, während auch in den Innenstädten immer mehr Einzelhändler aufgeben. Die Zahl der Existenzen, die die Ampel-Regierung bereits jetzt zerstört hat, ist kaum noch bezifferbar. Eine logische Konsequenz, bedenkt man allein die Kosten für die Miete eines Ladenlokals in guter Lage, das seit nunmehr zwei Jahren ständigen politischen Beschränkungen ausgesetzt ist. Das kann über eine gewisse Zeit gutgehen, irgendwann gibt jedoch auch der letzte Unternehmer auf.

Ein „Zurück in die Normalität“ muss nicht nur deshalb sofort erfolgen. Nicht in einigen Wochen oder Monaten, nicht in einigen Tagen, sondern jetzt und heute.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5219322871412239/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Trucker-Protest: Ottawa ruft Notstand aus – Warnung vor "materieller Unterstützung" der Fahrer

<https://de.rt.com/international/131117-proteste-lkw-fahrer-ottawa-ruft/>

Kanadischer Richter verbietet Truckern zehn Tage lang das Hupen

<https://de.rt.com/nordamerika/131221-kanadischer-richter-verbietet-truckern-zehn/>

Baerbock holt Greenpeace-Chefin Morgan ins Auswärtige Amt

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annalena-baerbock-holt-greenpeace-chefin-jennifer-morgan-ins-auswaertige-amt-a-af976920-a84d-43f3-9802-0699eec36ade>

Berufung von Greenpeace-Chefin ins Auswärtige Amt sorgt für Diskussionen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/berufung-von-greenpeace-chefin-ins-auswaertige-amt-sorgt-fuer-diskussionen/>



Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrationsplänen

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/interne-papier-sicherheitsbehoerden-warnen-vor-faesers-migrationsplaenen-79075546.bild.html>

Sicherheitsbehörden warnen vor neuen Migrantenströmen wegen Faesers Plänen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/warnung-migranten-faeser/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Ungeimpfte Genesene haben auch nach 20 Monaten noch Antikörper

<https://www.mdr.de/wissen/corona-genesene-haben-nach-zwanzig-monaten-noch-antikoerper-100~amp.html>

Drosten reagiert empört auf Vertuschungsvorwurf

<https://www.cicero.de/kultur/gefaehrliche-corona-experimente-drosten-empuert-vertuschungsvorwurf-wuhan-labor-gain-of-function-fauci>

Estland und Litauen wollen Impfbzertifikat abschaffen

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/estland-litauen-abschaffung-impfbzertifikat-lettland-vorsichtig/>

Bayern will Impfpflicht für Pflegekräfte vorerst aussetzen

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-02/bayern-will-impfpflicht-fuer-pflegekraefte-vorerst-aussetzen>

Bulgarien will Impfbzertifikat im März abschaffen – Bürgerproteste spalten Regierungskoalition

<https://www.wochenblick.at/corona/bulgarien-will-impfbzertifikat-im-maerz-abschaffen-buergerproteste-spalten-regierungskoalition/>

Britische Daten zeigen: COVID-19 ist nicht gefährlicher als eine Grippe

<https://reitschuster.de/post/britische-daten-zeigen-covid-19-ist-nicht-gefaehrlicher-als-eine-grippe/>

Drosten rudert zurück: Gefährliche Experimente in Wuhan

<https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-drosten-interview-wuhan>

Sechsjähriger Bub starb eine Woche nach Erst-Impfung

<https://www.heute.at/s/sechsjaehriger-bub-starb-nach-covid-impfung-100184903>

Schweden hebt nahezu alle Corona-Beschränkungen auf

<https://www.tagesstimme.com/2022/02/09/schweden-hebt-nahezu-alle-corona-beschraenkungen-auf>

Bundesverfassungsgericht lehnt Eilanträge gegen Teil-Impfpflicht ab

<https://www.rnd.de/politik/bundesverfassungsgericht-lehnt-eilantraege-gegen-teil-impfpflicht-ab-3XJNJSAY4IHFKM32MLAWNJYHNU.html>



60 Mitarbeiter schlagen 5000 Euro Impfprämie aus

<https://www.bild.de/regional/thueringen/thueringen-aktuell/jena-60-mitarbeiter-schlagen-5000-euro-impfpraemie-aus-79076282.bild.html>

Tschechien hat mit Lockerung der Corona-Maßnahmen begonnen

<https://deutsch.radio.cz/tschechien-hat-mit-lockerung-der-corona-massnahmen-begonnen-8741650>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Nach Bayern: Auch Sachsen will Teil-Impfpflicht nicht umsetzen

<https://www.rnd.de/politik/corona-auch-sachsen-will-teil-impfpflicht-nicht-umsetzen-MWHSV66X5FQ55MDLDVHVZDIKM.html>

Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“ ...

Bautzen: Schleusung gestoppt

https://www.lausitznews.de/artikel/schleusung-gestoppt_16028.html

Feststellungen bei Buskontrollen

https://www.lausitznews.de/artikel/feststellungen-bei-buskontrollen_16027.html

Untersuchungshaft: Afghanischer Flüchtling soll Elfjährige vergewaltigt haben

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/fluechtlings-elfjaehrige-vergewaltigt/>

Fakten in Bildern



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen